

# 'Wir wollen keine gegenseitige sichere Vernichtung'

Die stellvertretende Generalsekretärin der Vereinten Nationen und Hohe Kommissarin für Abrüstungsfragen, Izumi Nakamitsu, über die sich abzeichnende Gefahr eines Atomkrieges

t4t

□

Vertreterin für Abrüstungsfragen, Izumi Nakamitsu, über die sich abzeichnende Gefahr eines Atomkrieges

Anfang November wird die stellvertretende Generalsekretärin der Vereinten Nationen, Izumi Nakamitsu, an der Nichtverbreitungskonferenz 2019 in Moskau teilnehmen, die vom Center for Energy and Security Studies (CENESS) in der russischen Hauptstadt organisiert wird. Bei ihren Reisevorbereitungen traf sie mit der Kommersant-Korrespondentin Elena Tschernenko zusammen und sprach über die Frage, weshalb ein Atomkrieg wahrscheinlicher wird und ob ein begrenzter Atomkrieg möglich ist.

**Vertreter Russlands haben im vergangenen Monat mehrmals vor der zunehmenden Gefahr eines Atomkriegs gewarnt. Schließen Sie sich dieser Alarmstimmung an? Wenn ja, warum?**

Ich glaube, das sagen nicht nur russische Diplomaten. Es gibt viele weitere Denkfabriken, Wissenschaftler und Experten in den Bereichen Rüstungskontrolle

und Abrüstung allgemein, die immer wieder von der zunehmenden Gefahr einer atomaren Konfrontation sprechen. Die berühmte "Uhr des jüngsten Gerichts" steht schon wieder auf zwei Minuten vor Zwölf. Deshalb besteht meiner Auffassung nach definitiv die Angst bzw. die ernsthafte Sorge, dass die Lage heute wieder äußerst gefährlich ist. Und aus meiner Sicht gibt es viele verschiedene Gründe dafür.

Zum einen können wir das erkennen, wenn wir uns die Erklärungen, Reden und Nachrichten vor Augen halten, die aus vielen verschiedenen Teilen der Welt kommen, und es ist sehr schade, dass das Vertrauen zwischen den Staaten – darunter auch zwischen Atomwaffenstaaten – sehr beschädigt ist. Um es mit den Worten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen auszudrücken: "Die Welt befindet sich in einer Unordnung, die durch Vertrauensdefizite verursacht wurde".

Es fehlt auch am Dialog.

*«Es sieht so aus, als würden die Großmächte und weitere Länder militärische Fähigkeiten über Diplomatie, Verhandlungen und Dialog stellen.»*

Und es ist die allgemeine Verschlechterung der internationalen Beziehungen, der Beziehungen zwischen Staaten, die all diese scharfen Reden à la "Wir haben so große Fähigkeiten, so viel Macht, deshalb sind wir bereit, uns an aggressiven Kriegen oder am Wettrüsten zu beteiligen" durchdringt. Das ist eine ziemlich unglückliche Situation, die sich vor unseren Augen entwickelt.

Aber es gibt viele weitere Faktoren, die die Lage verkomplizieren. Das Vertrauensdefizit und der fehlende Dialog führen zur Erosion dessen, was die internationale Gemeinschaft im Laufe vieler Jahre entwickelt hat. Rüstungskontroll- und Abrüstungsregime und -institutionen werden in immer stärkerem Maße missachtet oder nicht vollständig umgesetzt. Jüngstes Beispiel dafür ist der INF-Vertrag. Das Regime wird langsam aufgeweicht.

Und dann gibt es da noch die globale Politik. Die Beziehungen sind wesentlich komplizierter geworden. Wir haben heute keine einfache bipolare Welt mehr. Die Welt ist wesentlich komplexer und multipolarer. Es gibt Staaten auf regionaler Ebene, die über Atomwaffen verfügen und sich am regionalen Wettbewerb und an Rivalitäten beteiligen – ich meine damit zum Beispiel Kaschmir, das Sorgen bereitet, weil zwei Atomwaffenstaaten an der Situation beteiligt sind. Regionale Auseinandersetzungen und strategischer Wettbewerb mit einer atomaren Dimension sind auch im Nahen und Mittleren Osten zu sehen.

Darüber hinaus findet eine sehr schnelle Entwicklung bei neuen Wissenschaften und Technologien statt. Wir wissen nicht genau, wie sich dies auf den atomaren Bereich auswirkt, aber viele sprechen schon jetzt zumindest von der Notwendigkeit, besser zu verstehen, welche Folgen all diese bösartigen Handlungen im Cyberspace, die mögliche Anwendung von KI-gestützten Waffen und die möglichen Implikationen von Hyperschallwaffen und konventionellen Waffen in strategischer Hinsicht haben könnten.

Daher wirken viele Faktoren zusammen, die die zunehmende Gefahr der atomaren Konfrontation weiter verstärken, aber ich glaube, dass das eigentliche, alles überlagernde Thema das fehlende Vertrauen zwischen den Staaten ist. Und all die anderen Faktoren verstärken das fehlende Vertrauen. Deshalb sind wir in einer sehr schwierigen Situation.

**Moskau sieht die Schuld für diese schwierige Situation in Washington, weil die USA aus dem ABM-Vertrag, dem Gemeinsamen umfassenden Aktionsplan (JCPOA) mit dem Iran, dem INF-Vertrag usw. ausgestiegen sind. Ich weiß, dass Sie keine Schuldzuweisungen vornehmen können, aber vielleicht könnten Sie bewerten, ob die interessierten Parteien mehr hätten tun können, um eine Verschlechterung zu vermeiden?**

Absolut. Wir wissen nicht genau, was passiert ist, wir verfügen nicht über die Erkenntnisse über den INF-Vertrag. Aber eines war sonnenklar. Während dieser Zeit haben der Generalsekretär und ich die beiden Parteien – die Russische Föderation und die Vereinigten Staaten – immer wieder aufgefordert, die im Rahmen des INF-Vertrages zur Verfügung stehenden Mechanismen zu nutzen und Meinungsverschiedenheiten mithilfe des Dialogs zu lösen. Auch hier geht es letztlich um Dialog, Verhandlungen, Kommunikation.

Am 2. August aber lief der Vertrag ab, und jetzt sagen wir, dass wir zutiefst bedauern, dass die Vertragsparteien nicht in der Lage waren, die Meinungsverschiedenheiten im Zusammenhang mit dem Vertrag mithilfe von Dialog und Verhandlungen zu lösen.

Jetzt wird es noch vordringlicher und wichtiger, dass die beiden Länder ernsthaft versuchen, den neuen START-Vertrag zu verlängern. Wenn man zulässt, dass dieser Vertrag 2021 ausläuft, gäbe es für die Besitzer der beiden größten Atomwaffenarsenale erstmals seit den 70er Jahren keine Begrenzungen mehr für ihre strategischen atomaren Fähigkeiten. Und das ist eine Situation, die niemand haben möchte.

Viele Vertragsstaaten des Nichtverbreitungsvertrages wenden sich an die Vereinigten Staaten und die Russische Föderation, denn wenn sie jetzt damit beginnen, ernsthaft über die Verlängerung des "Neuen START"-Vertrages zu sprechen, wäre dies auch eine sehr positive Geste im Kontext der Konferenz zur Überprüfung des Nichtverbreitungsvertrages 2020. Folglich wünschen dies auch weitere

Vertragsstaaten des Nichtverbreitungsvertrages. Ich glaube, wir müssen uns zuallererst auf die Verlängerung des neuen START-Vertrages konzentrieren, und aus diesem Grund hat der Generalsekretär diesen Punkt in seinen aktuellen Erklärungen aufgegriffen.

**Viele russische Experten sind alarmiert angesichts der Entwicklung von Atomsprengkörpern mit niedrigem Detonationswert (*low-yield nuclear weapons*) beispielsweise durch die USA. Glauben Sie, dass es theoretisch so etwas wie einen begrenzten Atomkrieg gibt?**

Nein. Unsere Haltung ist sehr klar. Erstens: Atomwaffen sollten nie wieder zum Einsatz kommen. Den Grundsatz der Nichtanwendung von Atomwaffen müssen wir unter allen Umständen aufrechterhalten. Dies ist eine der prioritären Fragen, die der Generalsekretär in seiner Abrüstungsagenda berücksichtigt hat. Es gab eine sehr gute Erklärung von Gorbatschow und Reagan: Einen Atomkrieg kann man nicht gewinnen, und deshalb darf er niemals stattfinden.

**Im Grunde schlägt Moskau Washington doch vor, diese Erklärung nochmals zu bekräftigen.**

Richtig. Man muss dazu nicht genau die Worte von Gorbatschow und Reagan wiederholen. Aber die Vorstellung, dass Atomwaffen niemals wieder zum Einsatz kommen sollten, ist ein Grundsatz, den wir unter allen Umständen schützen und bewahren müssen. Seit Hiroshima und Nagasaki ist dies ein sehr wichtiger Grundsatz, den wir niemals vergessen dürfen.

Von diesem Standpunkt aus betrachtet müssen wir folglich den Grundsatz der Nichtanwendung unter allen Umständen aufrechterhalten, auch wenn es sich um so genannte "Waffen mit niedrigem Detonationswert" handelt – im Übrigen finde ich diese Begrifflichkeit - "Atomsprengköpfe mit niedrigem Detonationswert" - problematisch, weil sie vermutlich noch stärker sein werden als die Atomwaffen von Hiroshima und Nagasaki.

Und wir müssen unter allen Umständen das gemeinsame Ziel der Schaffung einer Welt ohne Atomwaffen beibehalten.

Diese beiden haben daher einen besonders hohen Stellenwert. Und das gilt auch für Atomwaffen mit niedrigem Detonationswert. Wir glauben nicht, dass es möglich ist, mit taktischen Atomwaffen oder Atomwaffen mit kurzer Reichweite oder niedrigem Detonationswert eine Eskalation zu kontrollieren. Die Zeit, die den Entscheidungsträgern zur Verfügung steht, die dafür verantwortlich sind, "den Knopf zu drücken", wird immer kürzer, vor allem wenn die Verantwortung für den Abschuss nach außen an die Militärs delegiert wird. Ich glaube nicht, dass der Einsatz von Atomwaffen mit niedrigem Detonationswert oder kurzer Reichweite begrenzt werden kann, und natürlich wollen wir uns nicht in einer Lage

wiederfinden, die zu einer äußerst raschen Eskalation führt. In meiner Studienzeit habe ich mich mit der so genannten MAD-Theorie beschäftigt...

### **Mutual assured destruction (gegenseitige sichere Vernichtung)...**

Ja. Wir wollen keine gegenseitige sichere Vernichtung. Ich glaube nicht, dass die Nutzung von Atomwaffen eingedämmt oder eingeschränkt werden kann.

**Ein weiterer problematischer Punkt ist der umfassende Atomteststoppvertrag (CTBT). Die Vereinigten Staaten behaupten, dass Russland gegen den Vertrag verstoßen hat, wohingegen Russland darauf hinweist, dass die USA dieses Dokument gar nicht unterzeichnet haben. Gibt es eine Chance für ein Inkrafttreten des CTBT?**

Wir müssen dafür sorgen, dass er in Kraft tritt. Dies ist eine sehr wichtige und seit langem überfällige Aufgabe – der Vertrag ist ein zentraler Bestandteil der atomaren Abrüstung. Deshalb findet alle zwei Jahre eine Konferenz für das Inkrafttreten statt. Natürlich gibt es Moratorien für Tests, aber diese können ein rechtsverbindliches Verbot von Atomtests nicht ersetzen. Daher sind wir nach wie vor der Auffassung, dass der CTBT in Kraft treten muss, und wir setzen uns nach Kräften dafür ein. Bekanntlich sind noch acht Anhang-II-Staaten übrig. Mit dem CTBT ist ein äußerst komplizierter Ratifizierungsprozess verbunden. Die Anhang-II-Staaten müssen ihn ratifizieren, bevor er in Kraft treten kann. Diesen Staaten kommt definitiv eine besondere Verantwortung zu. Es gibt aber auch Länder, die nicht im Anhang II aufgeführt sind und die die Ratifizierung noch nicht abgeschlossen haben. Daher liegt das Ganze nach wie vor in globaler Verantwortung, aber wir hoffen, dass er in den nächsten Jahren in Kraft tritt.

### **Sie sind also optimistisch.**

Ich bin jetzt schon so lange für die Vereinten Nationen tätig – ich muss optimistisch sein. Wenn man pessimistisch ist, kann man nicht für die Vereinten Nationen tätig sein.

**Wenn Sie mir einen pessimistischen Gedanken gestatten: Der Gemeinsame umfassende Aktionsplan war ein solcher Durchbruch für die Weltgemeinschaft und die Vereinten Nationen, die bei der Verwirklichung dieses Abkommens eine wichtige Rolle spielten. Bedauern Sie, dass er zerbricht? Gibt es etwas, was bewahrt werden kann?**

Es stimmt, wir haben immer gesagt, dass dies eine große Erfolgsgeschichte für die Nichtverbreitung von Atomwaffen war. Es handelte sich um ein sehr wichtiges Instrument, das die Verbreitung in dieser Region verhinderte. Deshalb wollten wir, dass der Aktionsplan intakt bleibt, aber leider hat sich eine Partei zurückgezogen. Es gibt mehrere Dinge, die wir tun müssen. **Das wichtigste ist,**

dass alle am Aktionsplan beteiligten Parteien und die Parteien in der Region sicherstellen, dass sie keine provokativen Handlungen durchführen, also jegliche Handlungen, die zu einer Eskalation der bereits jetzt schon angespannten Lage in der Region führen könnten. Wir nutzen alle Instrumente – öffentliche Diplomatie, aber auch viel Diplomatie hinter verschlossenen Türen –, um alle daran zu erinnern, dass sie von jeglichen provokativen Handlungen oder von Handlungen absehen, durch die die Lage weiter eskalieren könnte.

**Zweitens** müssen wir gewährleisten, dass die IAEO echte Unterstützung erhält. Sie ist eine technische und professionelle Organisation. Sie führt nach wie vor Besuche im Iran durch, und wir hoffen, dass ihre Arbeit uneingeschränkt unterstützt wird.

**Drittens:** Alle Länder und Organisationen, die rechtmäßig Handel mit dem Iran treiben, müssen unterstützt werden. Wir müssen dafür sorgen, dass der rechtmäßige Handel mit und das Engagement gegenüber dem Iran geschützt werden, damit der Iran Anreize hat, Zurückhaltung zu zeigen und sich an das Abkommen zu halten.

Wir hoffen sehr, dass die Dinge nicht eskalieren werden.

**Manche Experten in Russland meinen, dass die Zeit der traditionellen Rüstungskontrollregime vorüber ist, dass das strategische Stabilitätskonzept veraltet ist und dass die Zeit für das gekommen ist, was man "internationale Abschreckung" nennt. Wie ist Ihre Haltung dazu?**

Das sagen nicht nur die russischen Experten. Die gleichen Argumente höre ich mittlerweile auch von US-amerikanischen Experten. Präsident Trump hat erklärt, dass wir eine Vision bezüglich der Rüstungskontrolle brauchen. Ähnliche Äußerungen hört man derzeit aus Europa. Ich glaube, dass noch mehr Menschen sagen werden, dass wir eine neue Vision und neue Ansätze in der Rüstungskontrolle brauchen. Viele Dinge verändern sich momentan in der Welt.

*«Es stimmt wahrscheinlich nicht, dass die traditionelle Rüstungskontrolle genau so bleiben kann, wie sie vor Jahrzehnten erschaffen wurde.»*

Ich kann Ihnen auch berichten, dass der Generalsekretär im Februar dieses Jahres in Genf darauf hingewiesen hat, dass wir in Bezug auf Rüstungskontrolle und Abrüstung eine neue Vision brauchen. Das hat er in seiner Rede bei der Abrüstungskonferenz erwähnt. Ich stimme persönlich zu, dass wir uns ernsthaft mit bestimmten Fragen auseinandersetzen müssen, z.B.: Woraus soll solch eine neue Vision bestehen und wie könnte sie aussehen und welches werden ihre wichtigsten Bestandteile sein? Indessen würde ich derweil sagen, und der Generalsekretär hat dies wiederholt gesagt: Lasst uns an dem festhalten, was wir haben. Es ist zu gefährlich, all das, was wir haben, über Bord zu werfen und erst *danach* anzufangen, über eine neue Vision nachzudenken. Im Moment ist es viel besser, das zu bewahren, was wir haben, um Stabilität aufrechtzuerhalten und gleichzeitig anzufangen, über eine neue Vision nachzudenken.

Wir sind bereit, die Mitgliedstaaten bei den Überlegungen zu unterstützen, wie solch eine neue Vision aussehen könnte. Und es gibt einige grundsätzliche Elemente, die wir im Rahmen der Art von Gesprächen, die wir jetzt beginnen, auf jeden Fall vorschlagen möchten.

Eines ist – noch einmal – die absolute Nichtanwendung von Atomwaffen und die weltweit gemeinsame Vision einer Welt ohne Atomwaffen. Dies sollte den Kern aller neuen Visionen bilden. Aber natürlich stehen Fragen im Raum wie neue Waffensysteme – Hyperschallwaffen, Weltraumfragen, Cybersicherheit, KI und tödliche autonome Waffensysteme – wie wirken sie sich auf die strategische Stabilität und die globale Stabilität aus? Das muss ein entscheidender Punkt sein, weil dies ein wichtiger Teil ist, der sich momentan wirklich verändert.

Man könnte einen wesentlich mehr auf die individuellen Bedürfnisse zugeschnittenen Ansatz bei Abrüstung und Rüstungskontrolle in verschiedenen Regionen wählen. Die Diskussionen müssen eng mit den politischen Rahmenbedingungen für die Lösung von Konflikten und Spannungen verknüpft sein. Besondere Regionen erfordern möglicherweise besondere Ansätze – beispielsweise Indien-Pakistan, der Nahe Osten und die koreanische Halbinsel.

Darüber hinaus hat man traditionell bei Rüstungskontrolle und Abrüstung auf die Zahl der Waffenarsenale geachtet. Die Zahl der Atomwaffen ist von etwa 70.000 auf etwa 13.000 zurückgegangen. Aber qualitativ erleben wir erneut eine Wettrüstungsdynamik. Und ich glaube, dass man bei einer neuen Vision auch die qualitativen Aspekte von Waffen betrachten muss.

**Vielleicht ist es an der Zeit, Ihr Amt umzubenennen. Niemand rüstet mehr ab.**

Nun, wir müssen zum Dialog zurückkehren. Der Generalsekretär und die Vereinten Nationen sind bereit, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um den Dialog zu fördern und diesen Trend umzukehren.